

Wie verstehen wir Kommunalpolitik?

In der 2018 durchgeführten großen Deutschland-Studie „Wo lebt es sich am besten?“ belegt der Kreis Recklinghausen Platz 393 von 401. Wie kommt eine so schlechte Bewertung zustande? Hinweise darauf finden sich auch in der strukturschwachen kreisangehörigen Stadt Herten. Hier treten die sozialen Gegensätze durch Kürzungen und Streichungen im Rahmen des so genannten „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ in besonderer Weise hervor und wirken sich auf die Lebensbedingungen direkt aus. In unserer Stadt leben immer weniger gut ausgebildete Menschen, die einer tariflich abgesicherten Erwerbsarbeit nachgehen, von der sie leben können. Besonders dramatisch entwickelte sich in den letzten Jahren der Anteil der in Armut lebenden Kinder. Ende 2017 gab es in unserer Stadt mehr als 42 % der Kinder, die von Armut bedroht waren oder bereits in Armut leben mussten. Ganze Generationen wachsen mittlerweile ohne genügend Kita-Plätze, mit fehlenden Erzieherinnen und Erziehern und in sanierungsbedürftigen Schul- und Sportgebäuden in viel zu großen Klassen auf. Und arme Kinder haben arme Eltern, die häufig mehrere Jobs brauchen, um monatlich über die Runden zu kommen. Auch immer mehr ältere Menschen stellen nach einem arbeitsreichen Leben fest, dass die Rente nicht reicht, um den gewohnten Lebensstandard im Ruhestand halten zu können. Diese Lebenserfahrungen vieler Menschen in unserer Stadt sind Ergebnis einer Politik, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten insbesondere Millionäre und Konzerne von Steuern entlastet und dafür öffentliche Ausgaben gekürzt und öffentliche Dienste privatisiert hat. Diese Politik führt dazu, dass immer größere Teile unserer Stadt immer weniger Menschen gehören, weil arme Menschen viel häufiger von einer sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen sind.

Deshalb streiten wir als LINKE für Teilhabe, Solidarität, Mobilität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen. Dies bedeutet konkret, Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Menschen in den Kommunen Zugang zu öffentlicher Versorgung und sozialer Infrastruktur haben:

- ◀ von den bezahlbaren eigenen vier Wänden bis zum Stadtteiltreff, in dem das soziale und kulturelle Leben stattfindet;
- ◀ von einer sanktionsfreien Mindestsicherung bis zu einem würdigen und selbstbestimmten Leben im Alter;
- ◀ von der gebührenfreien Kita über eine gebundene Ganztagschule bis zur kommunal unterstützten Ausbildung;
- ◀ von einer guten Nahversorgung in den Stadtteilen bis zu einer lebendigen und funktionierenden Innenstadt;
- ◀ von gut ausgebauten Radwegen bis zum kostenfreien und eng getakteten ÖPNV.

Unabhängig von Religion, Herkunft, Alter oder Einkommen müssen alle Menschen dieselben Möglichkeiten zur sozio-kulturellen Teilhabe und Mobilität sowie zur Mitgestaltung der Kommune in allen Lebensbereichen haben. Gemeinsam wollen wir den scheinbaren Widerspruch auflösen zwischen Kommunalpolitik auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite.

Wir denken Stadt, Stadtteil und Wohnquartier weiter, um dem reinen Verwalten eine solidarische Politik entgegenzusetzen. Wir wollen eine barrierefreie Stadt – ganz gleich ob die Barrieren kultureller, sozialer oder physischer Natur sind. Die Stärke unserer Stadt soll in Zukunft die Vielfalt ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihre Teilhabe an allen Bereichen des Zusammenlebens sein.

Dabei bewegt sich DIE LINKE in Sachen Kommunalpolitik in einem strategischen Quadrat aus den Themen Demokratie und Finanzen, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt und Verkehr und Soziales und Bildung:



Grafik: M. Ruhardt

Bund und Länder garantieren den Kommunen und den dort lebenden Menschen die kommunale Selbstverwaltung. Die Verwirklichung dieser Garantie wird jedoch durch politische, ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen zunehmend erschwert. Der finanzielle Mangel in vielen Kommunen schränkt deren politische Gestaltungsspielräume ein. Dies führt bei vielen Menschen zu Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung und schwächt damit letztendlich die Demokratie. Für DIE LINKE kann die kommunalpolitische Ebene mit ihren vor allem ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern daher nicht hoch genug geschätzt werden. Denn sie bilden damit auch die Basis der Demokratie. DIE LINKE tritt für eine stärkere Demokratisierung der Kommune ein. Politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse sollen für die Bevölkerung weiter geöffnet werden. Transparenz und Partizipation sollen auf dem Weg zu einer gleichberechtigten und partnerschaftlichen Kommunikation schon im Alltag zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet und durchgesetzt werden.

Mit der ständigen Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen zudem weitreichende neue Grundlagen und Voraussetzungen für die sachkundige Mitwirkung in Fragen öffentlicher Angelegenheiten. DIE LINKE möchte, dass eine barrierefreie Nutzung von elektronischen Kommunikationstechnologien bei Bürgeranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden garantiert wird. Demokratische Partizipation ist ein hohes Gut innerhalb unserer Gesellschaft und muss deshalb zukünftig noch verstärkt mit Bundesmitteln gefördert werden.

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Herten befindet sich jedoch seit Jahren in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung qualifizierter Menschen und sinkender Attraktivität.

Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie wurden zum Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden gerade in unserer Region, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit für den Bau und die Instandhaltung von Straßen, Schulen und öffentlichen Freizeit- und Sportanlagen immer enger wird.

Und bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie die kommunalen Gebietskörperschaften hart treffen und die unverschuldet zwischen ihnen bestehenden Unterschiede in Wirtschaftskraft, Standort- und Lebensqualität vertiefen werden:

- ◀ Die kommunalen Steuereinnahmen hängen stark von Gewerbesteuer und kommunalem Anteil an der Einkommensteuer ab. Die Gewerbesteuer ist allerdings sehr konjunkturabhängig, hier ist mit beträchtlichen Einbrüchen zu rechnen. Es drohen Insolvenzen, Entlassungen sowie Zurückhaltungen bei Konsum, die die ohnehin zu geringen öffentlichen Investitionen weiter massiv beeinträchtigen werden;
- ◀ die durch die Bundesregierung bereits auf den Weg gebrachten Steuerstundungsmöglichkeiten werden zu weiteren Steuereinbrüchen führen, die wiederum die Kommunen betreffen;
- ◀ ebenfalls zu Lasten der kommunalen Gebietskörperschaften wird sich auswirken, dass die Steuereinnahmen der Bundesländer einbrechen. Mit einem Jahr Verzögerung werden die Kommunen also mit erheblich geringeren Schlüsselzuweisungen aus dem landesspezifischen kommunalen Finanzausgleich zu rechnen haben.

Bei drastischen Einnahmeeinbrüchen in Folge der dargestellten Entwicklungen drohen sowohl erhebliche Beeinträchtigungen der kommunalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge als auch Behinderungen der bereits jetzt vielerorts blockierten kommunalen Investitionstätigkeit.

Aus Sicht der LINKEN in Herten sprechen mindestens drei zwingende Gründe dafür, auf diese absehbare Notlage rechtzeitig mit dem Aufspannen eines ‚Corona-Schutzschirms‘ für die kommunalen Gebietskörperschaften zu reagieren:

- ◀ Erstens sollte gerade nach Überwindung einer Notlage dem grundgesetzlichen Auftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse Nachdruck verschafft werden. Dazu sind handlungsfähige Kommunen unentbehrlich.
- ◀ Zweitens werden großformatige Investitionsprogramme nach Überwindung der Corona-Pandemie unverzichtbar sein, um einen möglichst schnellen und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholungsprozess einzuleiten und zu gewährleisten.
- ◀ Drittens ist bereits jetzt unübersehbar, dass die kommunalen Gebietskörperschaften einen Mammutanteil an allen operativen Maßnahmen, mit denen der Pandemie begegnet wurde, erfolgreich gestemmt haben werden. Dafür war es unvermeidlich, dass sie einen Großteil ihrer Dienste für die allgemeine Bevölkerung drastisch einschränken mussten. Die Bevölkerung hat in dieser Ausnahmesituation die notwendigen Auflagen und Maßnahmen weitestgehend widerspruchslos

hingegen, obwohl sie mitunter drastische Eingriffe in ihren Alltag und ihrer Lebensführung bedeuteten. Es wäre nicht zu verantworten und den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht zu vermitteln, wenn sie nach Ende dieser Ausnahmesituation weitere Einschränkungen durch dauerhaft längere Wartezeiten, Gebührenerhöhungen, schlechteren Betreuungsschlüssel und sinkende Qualität kommunaler Dienste akzeptieren müssten.

Deswegen müssen auch alle politisch Verantwortlichen in unserer Stadt fordern, in einen ‚Corona-Schutzschild‘ für die Kommunen mindestens die folgenden Maßnahmen und Instrumente aufzunehmen:

- ◀ Die Einnahmehausfälle der kommunalen Gebietskörperschaften müssen so gut wie möglich kompensiert werden. Hier sind die Kommunen über die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder (z.B. Gemeindefinanzierungsgesetz in NRW) zu unterstützen. Die Kommunen brauchen auskömmliche Schlüsselzuweisungen statt nur Kredite;
- ◀ die im Vorfeld der Corona-Pandemie bereits angedachte Entschuldung besonders hochverschuldeter Kommunen wie Herten darf nicht vertagt, sondern sollte mit besonderem Nachdruck zeitnah durchgeführt werden;
- ◀ die Möglichkeiten der Kommunen zur Steigerung ihrer Investitionen werden durch einen Mangel an qualifizierten personellen Kapazitäten in den Ämtern blockiert. Um hier abzuhelpfen, könnte der Bund - wie vom Düsseldorfer Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) vorgeschlagen - eine Beratungsgesellschaft gründen, die die kommunalen Planungskapazitäten ergänzt.

Je länger die Corona-Krise dauert, desto mehr Aufgaben werden auf unsere Stadt zukommen. Um handlungsfähig zu sein, braucht Herten jetzt finanzielle Zuwendungen. DIE LINKE in Herten hat das Konzept des Stärkungspaktes vom ersten Tag an abgelehnt und kritisiert. Zusammengefasst zahlten die Kommunen die Zeche für die Steuergeschenke an Superreiche und ihre Banken und Konzerne. Diese Kürzungspolitik wiegt nun in der Krise doppelt schwer.

Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt sich DIE LINKE hier vor Ort nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten – auch nicht, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. So lehnen wir weiterhin konsequent eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B ab, denn diese werden nur abgewälzt auf Menschen, die in Mietwohnungen leben oder belasten diejenigen, die ein Eigenheim - meistens zur Altersvorsorge - besitzen.

Die Zeit ist reif für Alternativen!

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen neu geordnet werden. Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen muss entschieden erhöht werden, wobei kleine und mittlere Einkommen entlastet werden sollen. Dies wäre möglich, wenn endlich eine längst überfällige Vermögens- und Finanztransaktionssteuer auf Bundesebene eingeführt würde.

Nach wie vor gibt es kein striktes Konnexitätsprinzip (»wer die Musik bestellt, bezahlt«) im Grundgesetz.

Kommunen werden weiterhin bei kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesgesetzgebers nicht angehört.

Es gibt keine verbindliche Beteiligung der Kommunen an der Abschätzung der Folgen und der Kosten von Gesetzen sowie an europarechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.

Um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, sich gegen eine weitere Aushöhlung der Kommunalen Selbstverwaltung zur Wehr zu setzen, fordert DIE LINKE daher unter anderem die Einführung eines verbindlichen Mitspracherechts der Kommunen bei der Gesetzgebung des Bundes.

Weiterhin fordert DIE LINKE:

- ◀ Aufnahme eines strikten Konnexitätsprinzips zugunsten der Kommunen in das Grundgesetz;
- ◀ angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben;
- ◀ grundsätzliche Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen;
- ◀ einen Altschuldenfonds für die stark überschuldeten Städte;
- ◀ vollständige Rücknahme der Schuldenbremse und nicht nur eine vorübergehende Aussetzung;
- ◀ Einführung eines verbindlichen Mitwirkungsrechts der Kommunen im Gesetzgebungsverfahren des Bundes.

Durch den nicht abgeschlossenen Strukturwandel, der für Herten als einst größte Steinkohle-Bergbaustadt Europas kennzeichnend ist, kam es zu einem dramatischen Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und einem gleichzeitigen starken Anstieg von Langzeitarbeitslosigkeit und steigenden Sozialleistungen. Die Folge ist ein strukturelles Defizit, das durch die Kommune nicht allein gelöst werden kann.

Ein ganz gravierendes Problem dieser Stadt ist die hohe Sockelarbeitslosigkeit. Trotz der Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, die häufig jedoch noch mit Transferleistungen aufgestockt werden müssen, um davon leben zu können, liegt die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Herten auf einem nahezu konstant hohen Niveau.

So waren im April 2020 3.069 Menschen in unserer Stadt arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Quote von 9,6 Prozent. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Folgen der Corona-Krise sich auch hier erst in den nächsten Monaten negativ auswirken. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders in unserer Stadt von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Grund dafür ist, dass diese Gruppe häufig nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse angeboten bekommt: Aushilfs- und Minijobs sowie befristete Arbeitsverträge.

76 Hertener Betriebe haben im April 2020 eine Herabsetzung der Gewerbesteuer-Vorauszahlung beantragt, wodurch der Stadt schon allein 900.000 Euro als Einnahmen fehlen. Die vielen Anträge auf Kurzarbeitergeld, die derzeit gestellt werden müssen, werfen einen langen Schatten voraus: Es ist zu vermuten, dass noch mehr Menschen in unserer Stadt in der kommenden Zeit der Weg zum Jobcenter nicht erspart bleibt, um aufstockende Hartz-IV-Hilfe zu beantragen. Erneut schlagen insbesondere in Herten das niedrige Lohnniveau und fehlende Tarifverträge negativ zu Buche.

Und weil es äußerst aufwendig ist, die Menschen in dieser Region wieder in Arbeit zu bringen, sind im Jobcenter Herten die Verwaltungskosten immer weiter gestiegen. In den letzten Jahren wurde im Kreis Recklinghausen immer mehr Geld, das für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorgesehen war, dazu benutzt, um die laufenden Verwaltungskosten des Jobcenters zu decken. Eine gute Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen ist aber unter diesen Bedingungen nicht möglich. Das ganze System muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir brauchen endlich eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. Und es ist auch nicht zu verstehen, dass einerseits in vielen Bereichen notwendige Arbeiten nicht

erledigt werden und immer mehr Beschäftigte unter Arbeitsdruck leiden, andererseits ganz viele Menschen in die dauerhafte Erwerbslosigkeit abgeschoben werden.

Dieser Widerspruch muss auch hier vor Ort aufgelöst werden.

Politik und Verwaltung stehen gemeinsam in der Verantwortung, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge hat es in den letzten Jahren einen drastischen Stellenabbau im öffentlichen Bereich gegeben. Deshalb gibt es auch in Herten einen großen Bedarf an zusätzlichen Stellen. Denn es ist sinnvoller, Beschäftigung zu schaffen als Arbeitslosigkeit zu verwalten.

Für die Menschen, die bereits vor der Corona-Krise arbeitslos gemeldet waren, wird es wegen der massiven wirtschaftlichen Probleme durch die Pandemie schwieriger, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, da geplante Neueinstellungen verschoben werden. Auch sie werden verstärkt auf öffentlich geförderte kommunale Beschäftigung angewiesen sein. DIE LINKE in Herten unterstützt diese Maßnahmen allerdings nur, wenn die angebotene Beschäftigung

- ◀ freiwillig ohne zwangsweise Zuweisung durch das Jobcenter aufgenommen werden kann;
- ◀ grundsätzlich unbefristet ist;
- ◀ einem Tarifvertrag unterfällt und dabei insbesondere tariflich vergütet wird;
- ◀ Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen enthält;
- ◀ erforderliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Kinderbetreuung, psychologische Betreuung u.a.) vorsieht;
- ◀ Hilfestellung bei Bewerbungen auf andere Stellen beinhaltet und
- ◀ eine Beendigung der geförderten Beschäftigung ermöglicht, ohne Sanktionen gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB II befürchten zu müssen.

Kommunale Unternehmen stehen besonders in der Verantwortung, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten und üben damit eine Vorbildfunktion aus. Durch die Schaffung von sinnvollen sozialen, ökologischen und ökonomischen Kreisläufen wäre es möglich, die Lebensqualität aller Menschen, die in dieser Stadt leben, arbeiten und auch als Unternehmerinnen und Unternehmer investieren, zu verbessern.

In diesem Bereich liegt aber auch die große Chance, Städtebauförderung, Quartiersmanagement verstärkt mit Beschäftigungsförderung zu verbinden. Alle drei Bereiche müssen stärker als bisher miteinander verzahnt werden, damit Stadtentwicklung nicht durch

die Interessen von Investoren, sondern durch die Interessen der hier lebenden Menschen bestimmt wird.

Für die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe werden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe eine wichtige Rolle spielen. Denn hier entstehen Arbeitsplätze und sie sind für die Wertschöpfung in der Region wichtig. Deshalb müssen sie in einem viel stärkeren Maß in einen sozial-ökologischen Umbau mit einbezogen und gefördert werden.

Eine Forderung der LINKEN ist deshalb, dass in unserer Stadt mehr und mehr das Recycling-Konzept "Cradle to Cradle", zu Deutsch: Von der Wiege zur Wiege, umgesetzt wird. Dabei gilt es, den Herstellungsprozess von Waren und Gütern so zu gestalten, dass alle Bestandteile komplett wiederverwertet werden können - und nicht den geringsten Müll hinterlassen. Denn alle Materialströme befinden sich in einem geschlossenen Kreislaufsystem. Dadurch zirkulieren die Wertstoffe und es können mit ihnen immer wieder neue und auch bessere Produkte hergestellt werden, statt sie – wie es heute üblich ist – mit einem großen Energieeinsatz zu entsorgen oder in Abfallentsorgungsanlagen zu verbrennen.

Mit dieser Methode können stärkere Impulse in eine nachhaltige, wirklich schadstofffreie und energetisch verantwortungsvolle Wirtschaftsförderung gegeben werden. Denn das schafft neue Arbeitsplätze vor Ort, fördert die Ansiedlung von Start-up-Unternehmen und trägt mit dazu bei, dass die Produkte auch in der Region stark nachgefragt werden. Das wäre ein vernünftiges Gesamtkonzept, das sich von den „Insel-Lösungen“ und kleinteiligen Gewerbeeinheiten - wie man sie seit den 1950er Jahren in unserer Stadt kennt - deutlich unterscheiden würde.

Die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, die wir wollen, sind unbefristet, gerecht entlohnt, sozialversichert und tarifgebunden. Dabei setzen wir auf staatliche Investitionen in Soziales, Bildung und Verkehr, mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst und einen Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse durch öffentliche Förderungen.

Dafür ist jedoch ein entschiedener Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nötig. Aber es lohnt sich, dafür zu kämpfen. Denn es geht um mehr auskömmliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und damit weniger Erwerbslose. Und mit einem ausgewogenen Personalentwicklungskonzept und einer ausreichenden Stellenbesetzung steigt die Fachkompetenz wieder in unserer Stadtverwaltung und die Arbeitsverdichtung der letzten Jahre wird vermindert.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ◀ die Förderung kommunaler Unternehmen bzw. deren Gründungen;
- ◀ Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung;
- ◀ Herstellungsprozesse nach dem Recycling-Konzept "Cradle to Cradle";
- ◀ keinen weiteren Stellenabbau im Öffentlichen Dienst;
- ◀ Abschaffung von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

DIE LINKE setzt sich lokal und bundesweit auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass alle Beschäftigten und Selbstständigen unabhängig von der Art ihrer Beschäftigung oder ihres Gewerbes unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben können.

DIE LINKE ist eine hartnäckige Aktivistin für den Umweltschutz. Nur wer die Umwelt schützt und nachhaltig mit Energieressourcen umgeht, kann dauerhaft ein gutes Leben in den Kommunen garantieren. Die Erzeugung von Energie vor Ort muss ressourcenschonend, erneuerbar, ökologisch nachhaltig, sozial verantwortlich, demokratisch und dezentral, am besten unter Federführung von kommunalen Betrieben, sein.

Neben dem Ausstieg aus der Atomkraft muss nun der Ausstieg aus der Kohleverstromung gelingen. In den Kommunen haben wir mit unseren Stadtwerken Einfluss darauf, indem wir erneuerbare Energien fördern und schmutzige Energieerzeugung vermeiden.

Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für DIE LINKE, alles zu tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen, damit die CO₂-Neutralität der Kommunen bis zum Jahr 2035 erreicht wird. Denn Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich: Von der Energieversorgung über die Wirtschaftsförderung, den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und deren Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende Zielsetzung. Dazu muss sich zukünftige Kommunalpolitik nach den Geboten der Nützlichkeit für das Gemeinwohl, der Ressourcensparsamkeit, der Wiederverwertung und des Klimaschutzes entwickeln.

Deshalb fordert DIE LINKE nach dem „Aktionsplan 2035“:

- ◀ Eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden;
- ◀ die Definition konkreter Teilziele für alle kommunalpolitischen Handlungsfelder;
- ◀ eine Prüfung sozialpolitischer Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Maßnahme und ggf. Schaffung eines gerechten Ausgleichs;
- ◀ eine intensivere Einbindung engagierter Bürgerinnen und Bürger, umweltpolitischer Initiativen, Vereine und Verbände;
- ◀ eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und den Stand der Zielerreichung;
- ◀ eine stärkere Vernetzung mit anderen Kommunen, um Erfahrungen zu teilen und voneinander zu lernen.

LINKE Kommunalpolitik fordert erschwinglichen Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir

als LINKE einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.

Ziel kommunaler Politik muss zudem die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherren zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen angehalten und unterstützt.

Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardach-Potentialkataster mit dem Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern öffentlicher Gebäude einzurichten.

Zu einem sozial ökologischen Umbau, der in dieser Stadt dringend nötig ist, gehört auch die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Ausbau des Fahrradwegenetzes. Wenn wir überlegen, wie viel Geld für Straßenbau und -sanierung, Parkraumbewirtschaftung und Feinstaubbelastungen durch die öffentliche Hand ausgegeben wird, dann ist kaum zu verstehen, dass es bei der Schaffung eines guten ÖPNV-Netzes so viele Widerstände gibt und hier immer die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund steht. Es drängt sich die Frage auf: Durch welche Interessen wird die Politik hier bestimmt?

Der Verkehrssektor hat bislang nichts zum Klimaschutz beigetragen. Im Gegenteil: Die CO₂-Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zudem müssen vor Ort die besten sozialen und ökologischen Lösungen gefunden werden, damit alle Menschen saubere Luft zum Atmen und eine ruhige Umgebung zum Leben haben.

Ein wichtiger Aspekt ist für die Zukunft der Radverkehr. Das Radfahren ist eine eigenständige Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum Öffentlichen Personennahverkehr. Denn eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver und sicherer, bringt mehr Menschen aus dem Auto aufs Rad. Radfahren ist gesund für die Radfahrenden, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

Unsere Forderungen für Herten lehnen sich an das „Kopenhagener Modell“ an. Durch eine konsequente zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die dänische Hauptstadt heute die Fahrrad-Welthauptstadt.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ◀ Eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Verkehrsraums. Bei der Verkehrsplanung müssen mehr Fahrradrouten für den Alltag geschaffen werden, damit so viele Wege wie möglich mit dem Rad erledigt werden können;
- ◀ eindeutig gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmern und -teilnehmerinnen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare und gut befahrbare Radwege;
- ◀ für eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte verbunden werden;
- ◀ Aufstellen von hochwertigen Fahrradboxen, Fahrradparkhäusern und Abstellanlagen im öffentlichen Raum.

ÖPNV

Um mehr Platz für den Güterverkehr auf den Bahnstrecken zu haben, wurde vor langer Zeit der Personenverkehr auf vielen Strecken gestrichen und im Zuge dessen auch in unserer Stadt der Bahnhof aufgegeben. In den letzten Jahrzehnten hat sich durch die Zechenschließungen die Zahl der Aus- und Einpendler allerdings auch in unserer Stadt dramatisch erhöht. Damit gerade der Individualverkehr im Berufsverkehr morgens und abends reduziert werden kann, benötigen wir dringend einen SPNV-Anschluss. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg des Strukturwandels in unserer Region. Damit werden die Fahrmöglichkeiten in die umliegenden Städte verbessert und neue Unternehmen im Stadtgebiet sind für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von außerhalb mit öffentlichen Verkehrsmitteln leichter zu erreichen. Der schnelle Ausbau einer guten Verkehrsinfrastruktur ist dabei nicht nur wirtschaftlich von Vorteil, sondern gleichzeitig auch für die Klimastadt Herten ein unverzichtbarer Bestandteil für einen besseren Klima- und Lärmschutz.

DIE LINKE in Herten fordert den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) auf, endlich auch für eine bessere Mobilität in der Emscher-Lippe-Region zu sorgen. Ein entscheidender Beitrag wäre hier die zügige Einrichtung der Herten Bahn von Essen über Herten nach Recklinghausen. Der VRR als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr hat den Auftrag, den SPNV im Verbundraum zu planen, zu organisieren und zu finanzieren. Für einen so großen und mächtigen Verkehrsverbund wie den VRR sind die ständigen Verschiebungen und Ausfälle in seinem Aufgabenbereich ein Armutszeugnis. Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt darf nicht durch Profitorientierung eingeschränkt werden. Da, wo immer mehr Linien von privaten Anbietern betrieben werden, sind Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Beschäftigten häufig schlechter als bei öffentlichen Verkehrsbetrieben. Die

immer geringer werdende Attraktivität dieser Berufe führt zu einem Personalmangel, der den Ausbau der Infrastruktur immer schwieriger macht.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ◀ den Auf- und Ausbau des öffentlichen Busnetzes und eine Verstärkung der Taktfrequenzen;
- ◀ den Vorrang für die kurzfristige Reaktivierung von vorhandenen Schienentrassen, insbesondere in der Emscher-Lippe-Region;
- ◀ die konsequente Fortführung der Anschaffung von klimaneutralen Fahrzeugen, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Dabei setzen wir auf Wasserstoff- / Brennstoffzellentechnologie. Diese Alternative ermöglicht eine hohe Reichweite und ist vor allem in einem großen Flächenkreis wie Recklinghausen sinnvoll. Hier ist über die kommunalen Spitzenverbände auf eine Verbesserung der Förderrichtlinien für attraktive Antriebe hinzuwirken;
- ◀ einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV. Als Sofortmaßnahmen fordern wir ein Sozialticket für alle Sozialhilfe-Berechtigten für maximal 15 Euro im Monat und die freie Fahrt für Menschen unter 18 Jahren, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die geringe Kaufkraft führen dazu, dass in unserer Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen immer weniger gute Geschäfte zu finden sind. Stattdessen gibt es viele Leerstände und Billigläden. Es gibt heute schon Stadtteile, in denen es kaum mehr möglich ist, Grundnahrungsmittel zu kaufen. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern und ältere Menschen, also die Gruppen, die nicht so mobil sind, haben hier das Nachsehen. Es gehört ebenfalls zu den großen Herausforderungen in dieser Stadt, in den nächsten Jahren die Ungleichheit von sehr unterstrukturierten Stadtteilen und noch starken mit einer guten Grundversorgung nicht weiter voranschreiten zu lassen. Hinzu kommt, dass insbesondere der Wohnraum viel stärker in den Fokus der Lokalpolitik geraten muss: Altersgerechte Umbauten, technikunterstütztes Wohnen und soziale Dienstleistungen müssen ermöglichen, dass ältere Menschen selbstständig und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Dafür brauchen wir mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Denn Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben und angemessener Wohnraum gerade für immer mehr kleine Haushalte zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zu anderen Städten fehlt in unserer Stadt ein Seniorenbeirat. Ältere Menschen bilden einen wichtigen Teil unserer Stadtgesellschaft, bleiben aber häufig unsichtbar. Ein Seniorenbeirat wäre deshalb ein wichtiger Bezugspunkt für ältere Menschen, weil er sich für ihre Belange gegenüber der städtischen Verwaltung, dem Stadtrat und gesellschaftlichen Akteuren einsetzen kann. Diese Arbeit kann nicht hoch genug gewürdigt werden und muss auch in Herten als regelmäßig tagendes kommunales Gremium installiert werden. Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE steht die Unterstützung dieser Arbeit außer Frage.

Wir fordern zudem eine regelmäßige, detaillierte Sozialberichterstattung gegenüber der Öffentlichkeit, die diesen Namen verdient. Das, was dem zuständigen Fachausschuss derzeit in Herten vorgestellt wird, ist vollkommen unzureichend und findet in der öffentlichen Diskussion keine Resonanz. Dabei liegen auch für Herten umfangreiche Daten vor, die im jährlich veröffentlichten Gesundheits- und Bildungsbericht des Kreises Recklinghausen im Kontext einer sozialräumlichen Betrachtung dargestellt werden. Neben einer viel intensiveren Ausarbeitung und Präsentation dieser Daten müssen zukünftig auch Bildungseinrichtungen, freie Träger und gemeinnützige Vereine als soziale Partner mit einbezogen werden.

Der Kürzungspolitik der letzten Jahre sind vor allem kulturelle und soziale Einrichtungen wie das Bürgerzentrum Süd, das Jugendzentrum Süd-Kap und das Gustav-Hackenberg-Haus dem Rotstift zum Opfer gefallen. Dabei wären Zukunftsinvestitionen in den Kommunen bitter

nötig gewesen, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage zu schaffen.

Ein Trauerspiel für die sog. „Bildungsstadt Herten“ ist die immer noch steigende Zahl an fehlenden Betreuungsplätzen im Kita-Bereich. Seit Jahren wird in Sonntagsreden versichert: Im Bildungsbereich wird nicht gespart! Schöne Worte, aber wie wir heute wissen, waren es leider nur leere Versprechungen. Gerade für die Kleinsten und Schwächsten ist in den letzten zehn Jahren viel zu wenig getan worden, um das Kürzungsdiktat des Stärkungspaktes zu erfüllen.

Wir brauchen dringend Investitionen in die frühkindliche Bildung, um die grassierenden Folgen der hohen Kinderarmut in unserer Stadt abzumildern. Dazu ist eine gute Kindertagesbetreuung mit einem ausreichenden Personalschlüssel besonders wichtig. Im Frühjahr 2020 fehlen über 300 Kita-Plätze in Herten. Dazu kommen noch mehr als 200 Überbelegungen in den vorhandenen Kitas. Eine katastrophale Bilanz der Bildungspolitik unserer Stadt der letzten Jahre! Es muss endlich ein bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsplätzen erfolgen – und nicht nach irrationalen Kennzahlen der Verwaltung. Eine gute Kita stärkt die Bildungschancen aller Kinder.

Im Gegensatz zu unseren Mitbewerberinnen und Mitbewerbern lehnen wir aber die völlige Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Kitas, also der Schaffung von so genannten 24-Stunden-Kitas, ab. Das hat nichts mit „familienfreundlicher Politik“ zu tun. Ganz im Gegenteil: Es zerstört jedes Familienleben. Was wir brauchen, sind verlässliche Betreuungszeiten von morgens bis nachmittags mit einer ausreichenden Zahl von gut bezahlten und qualifizierten Kräften sowie ein kostenloses und gesundes Mittagessen. Um eine bessere Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sind immer mehr Unternehmen durchaus bereit, eine familienfreundliche Struktur zu schaffen. Das hat nichts mit Nächstenliebe der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu tun, sondern mit ihrer Erkenntnis, dass heute schon 90 Prozent der Beschäftigten erklären, dass Familienfreundlichkeit für sie ebenso wichtig oder wichtiger ist als die Höhe des Gehalts. Zeit zu haben, Verantwortung zu übernehmen und sich stärker um die eigene Familie kümmern zu können, wird also zu einem immer wichtigeren Entscheidungsgrund bei der Berufswahl. Werden diese Kriterien erfüllt, wird es besser gelingen, qualifizierte Beschäftigte langfristig ans Unternehmen zu binden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ◀ ein inklusives, bedarfsgerechtes, gebührenfreies und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für alle Kinder von Anfang an;
- ◀ eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder;
- ◀ eine Verbesserung der Betreuungsqualität durch kleinere Gruppen;
- ◀ die Einrichtung eines Waldkindergartens als zusätzliches pädagogisches Angebot;
- ◀ kontinuierliche Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher;
- ◀ eine verbesserte fachliche Begleitung und eine existenzsichernde Entlohnung für Kindertagespflegepersonen.

Zur Schulentwicklung in dieser Stadt hat DIE LINKE sich in den letzten zehn Jahren immer wieder kritisch positioniert. Insbesondere durch die Aufgabe zahlreicher Schulstandorte wurde versucht, die erforderlichen Einsparungen im städtischen Haushalt zu erzielen. Mit der gleichzeitigen Schließung mehrerer Schulen wurde insgesamt eine Million Euro im Haushaltssanierungsplan eingespart. Damit haben Kürzungen im Bildungsbereich – neben Steuererhöhungen und dem Personalabbau – besonders zur Einhaltung der Stärkungspaktvorgaben in dieser Stadt beitragen müssen.

Wir müssen nun dafür sorgen, dass sich bestehende Ungerechtigkeiten im Bildungssystem nicht infolge der Corona-Krise noch weiter verschärfen. Gerade im Bildungsbereich gilt: Die Krise verwischt soziale Unterschiede nicht, sie lässt sie noch viel stärker zutage treten. Denn nicht alle Schüler und Schülerinnen verfügen über häusliche Rückzugsorte oder die technischen Bedingungen und Hilfsmittel wie WLAN und Computer zum Lernen. Andere betreuen jüngere Geschwister oder sind mit familiären Stresssituationen konfrontiert. Die Frage, wann wir für wen und unter welchen Bedingungen Angebote in Schule und Kita wieder öffnen, ist deshalb auch immer eine soziale Angelegenheit. Das gilt auch für die notwendige Entlastung von Eltern und Familien, nicht nur, aber vor allem von der derzeitigen Doppelbelastung durch Homeoffice und Betreuung.

Erfreulicherweise gibt es wieder mehr Schüler und Schülerinnen in unserer Stadt, für die aber leider zu wenig Schulraum vorhanden ist. Viel zu langsam wird allen Verantwortlichen in dieser Stadt klar, dass die deutliche Reduzierung der Schulstandorte negative Folgen hat. Die Umsetzung der schulischen Inklusion, der Ausbau eines gebundenen Ganztagsunterrichts und die Integration der Kinder und Jugendlichen, die jetzt nach einer langen Flucht zurück in einen normalen Alltag finden wollen, stoßen in dieser Stadt vor allem auch an räumliche Grenzen. Hier wird es vor allem wichtig sein, die Belange der Grundschulen und der Gesamtschule / Sekundarschule viel stärker zu berücksichtigen. Denn sie haben sicherlich den größten Beitrag zur Integration zu leisten. Für DIE LINKE ist eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige

Bildung aller Kinder und Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit. Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind auf kommunaler Ebene insbesondere mehr Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien dringend notwendig.

Die geplanten Sanierungen oder Neubauvorhaben im schulischen Bereich scheiterten in den letzten Jahren an den strengen Vorgaben der jeweiligen Landesregierungen, die die Aufnahme von Krediten für Investitionstätigkeiten nahezu unmöglich gemacht haben. Nun, nachdem Land und Bund finanzielle Hilfen für die Investitionen in den Kommunen bereitgestellt haben, ist jedoch durch den jahrelangen Personalabbau zu wenig Personal da, um Schulneubauprojekte zügig umsetzen zu können. Häufig werden gerade in NRW die Fördertöpfe nur zu einem geringen Teil angezapft. Aller Schwierigkeiten zum Trotz schreiten aber auch in unserer Stadt die Planungen zur Errichtung neuer Schulgebäude weiter.

Dabei müssen wir aber die Zeit nutzen, um die grundsätzliche Frage zu klären: Wie sollten gute Schulgebäude aussehen?

Kinder und Jugendliche brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schulzeit. Sie brauchen multifunktionale Räume, ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren jeweiligen Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

Neue Schulbauten sollten zudem so geplant werden, dass sie nicht nur den gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der Erwachsenenbildung genutzt werden können.

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank

Alles, was man aus der Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Kinderarmut ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE ein längeres gemeinsames Lernen. Das dreigliedrige Schulsystem wollen wir abschaffen, da

Studien regelmäßig belegen, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und verfestigt soziale Ungleichheit und Spaltung. Nur durch längeres gemeinsames Lernen können die ungleichen Startbedingungen auf Grund des Elternhauses ausgeglichen werden. Die Gesamtschule bietet gerechte Bedingungen für alle Kinder und Jugendlichen und kann auch diejenigen fördern, die im Elternhaus keine optimalen Bedingungen haben. Aber auch die Kinder und Jugendlichen untereinander können besser voneinander lernen und andere Lebensverhältnisse erleben. Deshalb müssen auch in unserer Stadt neue Schulen als Schulen des längeren gemeinsamen Lernens konzipiert werden.

Die Kommune muss allen Schulen zudem für weitere Materialien einen Fonds für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stellen, damit gerade Kinder und Jugendliche die Peinlichkeiten der Offenbarung von Armut nicht erleiden müssen.

Der schulische Ganzttag bietet Förderungsmöglichkeiten, von denen vor allem Kinder aus armen Familien profitieren, die zu Hause wenig finanzielle Mittel für Spiel und Freizeit sowie weitere Bildungs- und Sportangebote haben. Daher setzt sich DIE LINKE vor Ort dafür ein, die Kriterien für die Aufnahme in die immer noch begrenzten Ganztagsangebote zu überprüfen und das Ganztagsangebot auszubauen, denn allein die Frage nach der Berufstätigkeit beider Eltern darf nicht mehr wiegen als das Bildungsbedürfnis der Kinder. Das Ziel muss in den kommenden Jahren sein, alle Grundschulen mit einem hundertprozentigen Ganztagsplatzangebot zu konzipieren oder auszubauen.

Und an allen Schulen soll durch eine kommunale Großküche ein gesundes und vielfältiges Mittagessen angeboten werden. Ein entsprechender Prüfauftrag dafür liegt der Stadtverwaltung schon lange vor – bislang jedoch ohne Resultat.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ◀ ein qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot für alle Kinder, das ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird;
- ◀ mehr Raum für differenzierte Lernangebote sowie Musik-, Sport- und Freizeitaktivitäten;
- ◀ eine dem technologischen Stand angepasste Ausstattung der Schulen mit Medienräumen und Schulbibliotheken;
- ◀ eine bewegungsfördernde Pausenhofgestaltung;
- ◀ eine kommunale Großküche, um ein gesundes und vielfältiges Mittagessen in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen unserer Stadt anbieten zu können.

Schon vor der Corona-Pandemie war die Zahl der überschuldeten Personen und in prekären Verhältnissen lebenden Menschen in unserer Stadt überdurchschnittlich hoch. Rechnet man jedem überschuldeten Menschen nur eine weitere Person zu, so war fast jeder vierte Mensch von einer Überschuldung betroffen. Durch steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden in den kommenden Jahren noch mehr Kinder in Armut gedrängt. Mit der eingeschränkten Öffnung von Schulen, Kitas, Familienzentren, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportvereinen, Bibliotheken etc., verbunden mit Kontaktsperren, entfallen zusätzlich viele Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Familien werden auf sich selbst zurückgeworfen und die Risiken der Krise privatisiert.

Für DIE LINKE in Herten sind deshalb die kommunale Daseinsvorsorge und die damit einhergehende soziale Verantwortung der Stadt enorm wichtig. Die „öffentliche Hand“ ist für die öffentliche Daseinsvorsorge verantwortlich. Darunter fällt alles, was die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Notwendigen garantiert: Schulen und Krankenhäuser, Wasser, Abwasser und Energie, Abfallbeseitigung, Wohnungen, Betreuung für Kinder und ältere Menschen und die Sicherung von Mobilität (ÖPNV). Der Zugang zu diesen Diensten und Einrichtungen muss erschwinglich, diskriminierungsfrei und in jeder Hinsicht für alle Menschen offen und barrierefrei sein. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft werden zerstört, wenn öffentliche Güter weiter privatisiert werden. Der gleiche Zugang für alle zu den grundlegenden Leistungen, von Wohnen über Wasser bis hin zur Bildung, ist Ziel LINKER Kommunalpolitik. Dort, wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern das Streben nach Gewinn. Für DIE LINKE hat in der kommunalen Daseinsvorsorge deshalb die Versorgungssicherheit der Bevölkerung Vorrang vor Profitinteressen.

Denn wir dürfen nicht vergessen: Eine Kommune ist die wichtige und unmittelbare Ebene der Demokratie. Von mehr sozialer Gerechtigkeit und einer stärkeren Daseinsvorsorge profitieren alle.